

# Wasser in Asien - Elementare Konflikte:

Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit, veranstaltet vom 'Asienhaus' Essen, Universitätsclub Bonn, Freitag, 27. März 1998

Den politischen Dialog um Wasser als zentraler Herausforderung der Entwicklungszusammenarbeit auszuweiten war das Ziel eines hochrangig besetzten Symposiums, zu dem das Asienhaus Essen am 27. März 1998 in den Universitätsclub in Bonn eingeladen hatte. Nach den unmittelbar vorangegangenen internationalen Wasserkonferenzen auf dem Petersberg bei Bonn sowie in Paris wählten die Organisatoren Georg Amshoff und Thomas Hoffmann Asien als regionalen Schwerpunkt. Hierbei sollten die Analysen des Sammelbandes 'Wasser in Asien - Elementare Konflikte', herausgegeben vom 'Asienhaus' und Thomas Hoffmann, von Politikern, Entwicklungspraktikern und Wissenschaftlern zu Lösungsstrategien weiterentwickelt werden. Ein Ziel war, die Notwendigkeit einer internationalen Wasserpolitik zu erörtern, etwa als verbindliche Konventionen, entsprechend dem Entwurf einer Weltwasser-Charta des Wissenschaftlichen Beirates 'Global Change'. In drei Themenblöcken wurden 'Wasserknappheit und Trinkwasserqualität', 'Großstaudämme als Lösung?' und 'Politische Konflikte um Wasser' jeweils als Problem skizziert sowie durch zwei unterschiedliche Standpunkte aufgegriffen.

Die Teilnehmer stimmten darin überein, daß Technik allein keine Problemlösung garantiert, etwa eine gerechte Wasserverteilung, oder um die Nöte der von Umsiedlungsmaßnahmen Betroffenen zu lindern. Vielmehr vertieften die Referate und Diskussionsbeiträge die politischen Dimensionen der Wasserproblematik wie etwa auf Industrie und Landwirtschaft zugeschnittene, kapitalintensive Staudammprogramme oder die bevorzugte Trinkwasserversorgung städtischer Eliten im Süden zu Lasten der weiter-

hin unversorgten Armen. Für die bundesdeutsche Politik wurde zudem als Defizit herausgestellt, daß bislang keine Wasserpolitik als Querschnittsaufgabe entwickelt wurde. Mit einem Sieben-Punkte-Katalog, einschließlich der Forderung nach einer global verbindlichen Rechtsgrundlage, skizzierte W. Müller, entwicklungspolitischer Referent der SPD-Bundestagsfraktion, hierzu einen ersten Entwurf.

Wasser sei jedoch kein globales, sondern vielmehr ein Problem mit jeweils unterschiedlichen lokalen oder regionalen Bezügen, so R. Lotz, Referatsleiter des BMZ. Damit begründeten er und B. Wulffen, Referatsleiter des Auswärtigen Amtes, ihre kritische Einschätzung einer globalen Charta. Sie verwiesen auf die schon zahlreichen internationalen Vereinbarungen und Institutionen zum Thema Wasser. Zugleich warnten sie vor unverbindlichen Selbstverpflichtungen und erklärten, Wasser sei als einklagbares Grundrecht im politischen Alltag nicht praktikabel. Praktiker der Entwicklungszusammenarbeit fürchteten zudem einen unnötigen Zeitverzug und forderten, wie S. Sastroharjono von Misereor, stattdessen die rasche Umsetzung partizipativer Strategien auf lokaler Ebene, um das un widersprochene Grundbedürfnis der Bevölkerung nach Wasser einlösen zu können. Er verwies auf bewährte Selbsthilfefprojekte, die die jeweilige Bevölkerung von den ersten Planungen bis zum Projektunterhalt einbinden, um beispielsweise Wassereinzugsgebiete zu stabilisieren, den Grundwasserspiegel anzuheben und somit die Felder wie die Menschen nachhaltig mit Wasser zu versorgen.

Am Beispiel der strittigen Wasserverteilung zwischen Indien und Pakistan in der geteilten Region Punjab begründete der

Fachjournalist J. Scholz ('Südasiensbüro im Asienhaus') demgegenüber, daß ein globaler Rechtsrahmen durchaus ein Instrument gegen zwischenstaatliche Asymmetrien wie den Hegemonialbestrebungen Indiens bietet. So hat der von der Weltbank vermittelte Indus-Wasservertrag von 1960 zwar nicht alle Grenzstreitigkeiten beseitigt, konnte aber während der indisch-pakistanischen Kriege die grenzüberschreitende Wasserversorgung Pakistans sicherstellen. Eine solche internationale Rechtsgrundlage könne auch bei innerstaatlichen Konflikte zwischen Nutzergruppen zugunsten der Schwächeren eingesetzt werden, so die Bundestagsabgeordnete A. Köster-Loßack (Bündnis 90/Die Grünen). In einer solchen 'Weltwasser-Charta' sollte neben der Klärung von Eigentums- und Nutzungsrechten ans Wasser auch festgelegt werden, daß das beste Wasser jeweils nur als Trinkwasser genutzt werden dürfe, und nicht für Industrie oder die Landwirtschaft. Hierfür böte sich laut K. Lanz, freier Wissenschaftler und Autor des 'Wasserbuchs' von Greenpeace, vielmehr das Recycling von Brauchwasser an.

Der vom 'Asienhaus Essen', einem Zusammenschluß asienbezogener Informationsbüros, initiierte Dialog erfolgte zwar aus unterschiedlichen Perspektiven, ohne jedoch in ideologische Sackgassen zu geraten. Vielmehr ermöglichte der konstruktive Austausch von Erfahrungen und Argumenten im vielfältig besetzten Podium und Plenum, die vorherigen Standpunkte zu überdenken und zu ergänzen. Die Diskussion um eine rationale Wassernutzung führte letztlich zur Kommerzialisierung von Wasser: Eine nachhaltige Wassernutzung ist für R. Lotz und den bündnisgrünen Bundestagsabgeordneten W. Schmitt einzig durch das Kostendeckungsprinzip denkbar, wobei sie zugleich auf notwendige sozial gerechte Tarife verwiesen.

Auch wenn die Diskussion um elementare Wasserkonflikte mit den jüngsten Veranstaltungen noch keinen Abschluß gefunden hat, insbesondere nicht im Hinblick auf die Konflikte in Asien, so wurde der Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaft, Politik und Entwicklungspraktikern positiv bewertet. Bundesregierung und Bundestagsfraktionen wurden von den Teilnehmern aufgerufen, die bislang fehlende Wasserpolitik als Schwerpunkt für Entwicklungszusammenarbeit und Krisenprävention zu entwickeln und auch den Sachverstand von NROs für regionale wie globale Politikansätze zu nutzen. Nach Auffassung der Organisatoren muß diese Diskussion auch in der Öffentlichkeit intensiv fortgesetzt werden. Jürgen Clemens



Jorge Scholz vom Südasiensbüro bei seiner Präsentation (Foto: Jürgen Clemens)